



Braunschweig, 14. Januar 2008

Kinderarmut und Kommunalpolitik: Privatisierte Wohltätigkeit

Soziale Themen stehen momentan in Braunschweig auf der Agenda der Oppositionsparteien: So bemühte sich die SPD sowie zuvor die Linkspartei, die Grünen und die BIBS um die Einführung eines Sozialpasses, um der gesellschaftlichen Ausgrenzung armer Familien¹ entgegenzuwirken.

Durch das Engagement des *Diakonischen Werks Braunschweig* und der *Braunschweiger Zeitung* steht seit einigen Monaten auch das lange verdrängte Thema Kinderarmut im Zentrum des öffentlichen Interesses.

Diese überraschend aufgeflammete Aufmerksamkeit muss nun in dauerhaftes Engagement umgemünzt werden, um nachhaltige Verbesserungen zu erwirken. Das ist das Ergebnis einer Expertenrunde der BIBS zum Thema. Es sei wichtig, in der öffentlichen Diskussion die einzelnen Themenkomplexe voneinander zu trennen, um jedem Aspekt die nötige Aufmerksamkeit zu verschaffen, so Uwe Soehl, Referent für sozialpolitische Grundsatzfragen des *Diakonischen Werks Braunschweig*.

Kinderarmut in Braunschweig

Armut prägt das Leben und die Entwicklung von Menschen und zieht alle Lebensbereiche in Mitleidenschaft: „Aufwachsen in Armut erhöht die Wahrscheinlichkeit physischer, psychischer und psychosomatischer Erkrankungen um ein Vielfaches“, so Rainer Schubert vom Sozialreferat der Stadt Braunschweig. Nicht zu unterschätzen seien die Folgen gesellschaftlicher Stigmatisierung und die negativ prägenden Erfahrungen, am sozialen Leben nicht teilhaben zu können.



Armut ist schwer definierbar: Verschiedene Experten formulieren unterschiedliche Kriterien. Gut abgrenzbare Parameter sind laut *Diakonischem Werk* Bezug von ALG II, Sozialhilfe, Asylbewerberleistungen oder Wohngeld. Auch individuelle Problemstellungen wie Verschuldung sind dazu zu zählen.

Unter Berücksichtigung dieser Parameter gibt es in Braunschweig etwa 6.700 Kinder aus Familien, die arm sind.

Kinderarmut ist in Braunschweig kein Flächenproblem, sondern ballt sich lokal: Schwerpunkte sind die Weststadt, Teile des Westlichen Ringgebietes vor allem um den Frankfurter Platz und den Madamenweg, Bebelhof, das Siegfriedviertel

¹ aufgrund geringer Einkommen ist der Besuch von Kino, Sportveranstaltungen, Theater, Sportvereinen etc. nicht bzw. nur eingeschränkt möglich.

und der Schwarze Berg mit bis zu 60 Prozent der betroffenen Haushalte. Auch die Innenstadt weist eine hohe Quote auf: Über 35% aller Kinder leben hier in Familien mit ALG II-Bezug.²

Die Diakonie setzt als Lösung auf Schulsozialarbeit plus bessere Schulstandards in Brennpunktgebieten. Optimalere Betreuungsschlüssel sollen dort das Konfliktpotential entschärfen.

Thema: Schulmaterialien

Armut zwingt bildungsferne Schichten in eine Abwärtsspirale, so Söhl. Arme Familien tendierten dazu, aus der puren Not heraus an Schulmaterialien zu sparen. Die betroffenen Kinder würden so im Bildungsbereich massiv benachteiligt und ihre Chancengleichheit untergraben. Die Schuld dafür sieht Söhl bei den Hartz-IV-Gesetzen, die keine Finanzposten für Lernmaterialien gewähren.

Die Diakonie schlug daher die Einrichtung eines kommunalen Fonds für Schulmittel zur Abhilfe vor: Ausgehend von der Annahme, dass jede/r Schüler/in jährlich etwa 100,- € für Lernmaterialien benötigt, errechnete sie einen Bedarf von 600.000 bis 700.000 Euro, mit denen Abhilfe geschaffen werden könnte. Vorbild ist das Oldenburger Modell, wo die Stadt in wohnortnahen Bürgerberatungsstellen nach Vorlage von Bedürftigkeitsnachweis und Quittungen die Kosten für Schulmaterialien übernimmt.

Die vorweihnachtliche Spende des Unternehmers Knapp ermöglichte jedoch die Realisierung der Pläne des Oberbürgermeisters, einen privaten Schulkostenfonds zu organisieren.



Fazit

Die BIBS Fraktion warnt davor, die originären Aufgaben der gesellschaftlichen sozialen Verantwortung an private Mäzene zu geben. Private Gelder können Kommunen nicht aus der Verantwortung der Daseinsvorsorge entlassen. Allen Bürgerinnen und Bürgern eine Teilnahme am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen ist eine gesamtgesellschaftlich solidarische Aufgabe. Einkommensschwache und Sozialleistungen beziehende Haushalte dürfen zukünftig nicht von den Almosen privater Fonds abhängig sein. Experten weisen außerdem darauf hin, dass private Fonds nur im Falle einer durch die Stadt gesicherten Fehlbedarfsfinanzierung sinnvoll sind.

Die Kompetenzgerangel und die Verschiebung von Verantwortung zwischen Bund, Ländern und Kommunen werden derzeit auf dem Rücken der der Bedürftigen ausgetragen. Zweifelsohne wurden die Regelsätze der Hartz-IV-Gesetzgebung in Punkten wie Ernährung und Lernmaterialien von der Bundespolitik viel zu knapp bemessen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, die Sätze anzuheben. Gleichzeitig weigert sich die Verwaltung in Braunschweig, erste Hilfe

² Zum Vergleich: Experten stufen Wohngegenden bereits ab einem Anteil von 30% als potentieller sozialer Unruheherd ein

zu leisten. OB Hoffman betont in seiner Pressemitteilung vom 14.11.07, „es solle einerseits geholfen, aber andererseits gegenüber dem Bund kein Präzedenzfall geschaffen werden.“ In seiner Neujahrsansprache unterstrich er seine Haltung, keine städtischen Gelder für die Pflichtaufgaben des Bundes freizugeben. Er warb vielmehr für eine Unterstützung seines Kurses.

Nach Meinung der BIBS-Fraktion muss es die Aufgabe der Stadt sein, bei sichtbaren Missständen einzuspringen: Hier scheitern viele sinnvolle Ansätze nach wie vor an den Mehrheitsverhältnissen im Braunschweiger Stadtrat. Die CDU/FDP-Mehrheit diktiert den Kurs, und soziale Themen liegen nicht auf der Route³. Während der Haushaltsdebatte wurden verschiedene soziale Ansätze zur Unterstützung bedürftiger Kinder von der CDU und FDP rundheraus abgelehnt.

Der private Lernmittelfonds kann nur eine Übergangslösung sein, bis die Stadt eine eigene Lösung findet.

Wichtig ist, dass die Vergabe der Gelder bis dahin in enger Koordination mit der Verwaltung und auch mit dem Präventionsnetzwerk Kinderarmut stattfindet. Dieses Gremium setzt sich aus ExpertInnen aus Stadtelternrat, Diakonie, Kinderschutzbund, fachkundigen Stiftungen, DRK und Verwaltungsleuten zusammen und arbeitet seit einigen Monaten an Lösungen zu sozialen Fragestellungen. Um sicherzugehen, dass diese Ergebnisse nicht unter den Tisch fallen, stellt die BIBS-Fraktion im Sozialausschuss am 22.01.08 folgende Anfrage:

1. Welche Empfehlungen des „Präventionsnetzwerkes Kinderarmut“ an die Verwaltung gibt es?
2. In welcher Weise wird die Verwaltung diesen Vorschlägen nachkommen?
3. Ist eine Beteiligung der Verwaltung an der Einrichtung und Strukturierung des geplanten privaten Schulmittelfonds, der aus den 600.000 Euro Spendengeldern des Unternehmers knapp finanziert werden soll, geplant?

³ Ein CDU-Politiker schreckte Mitte November in den Haushaltsberatungen sogar nicht vor dem hanebüchenden Vergleich mit den „wirklich armen“ hungernden Kindern in Afrika zurück!